

5236/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat DI HOFMANN, Mag. HAUPT und Kollegen haben am 20. Jänner 1999 unter der Nummer 5649/J an mich die schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „die strafrechtliche Beurteilung des Inhaltes von Medienwerken“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Dem in der Anfrage wiedergegebenen Antwortschreiben ging ein Ersuchen des Herrn Dipl.Vw. Mag. DDr. Stephan Tull voraus, indem der Genannte um Auskunft bat, ob ein bestimmtes Buch im Sinne des § 3g VerbotsG als verboten anzusehen sei. § 3g VerbotsG umschreibt eine mit gerichtlicher Strafe bedrohte Handlung. Gemäß § 28 MedG bestimmt sich die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Medieninhaltsdelikte im Sinne von § 1 Abs. 1 Z 12 MedG, soweit im fünften Abschnitt des MedG nichts anderes bestimmt ist, nach den allgemeinen Strafgesetzen.

Davon ausgehend teile ich die in dem in der Anfrage erwähnten Antwortschreiben vertretene Auffassung.